

Senatsbeschlüsse

der 155. Sitzung des Senats

am 08.05.2018, 11:15 Uhr

3842.) Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 24. bis 26.04.2018

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 24. bis 26. April 2018 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 24. April 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 25. April 2018)

Nr. 19/471 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Neubau der Berufsschule für den Großhandel, Außenhandel und Verkehr
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 20. September 2017
(Drucksache [19/592 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 21. November 2017
(Drucksache [19/691 S](#))

2. Potenziale der GEWOBA im Wohnungsbau stärker als bisher nutzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Oktober 2017
(Drucksache [19/597 S](#))
3. Wohnungen der GEWOBA an die Mieter veräußern – Neubau von
Wohnungen forcieren
Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Oktober 2017
(Drucksache [19/600 S](#))
4. Wann wird das Jugendamt in die Lage versetzt, gesetzliche Aufgaben
vollumfänglich und zeitnah wahrnehmen zu können?
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 28. November 2017
(Drucksache [19/700 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/733 S](#))
5. Ist die BSAG ein moderner und effizienter Dienstleister im ÖPNV?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 15. Februar 2018
(Drucksache [19/736 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/472 S

**Windenergieanlage (WEA) Bultensee verhindern – Voraussetzungen für
Ablehnung unverhältnismäßiger WEA-Standortentscheidungen
schaffen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 19. Dezember 2017

(Drucksache [19/710 S](#))

Der Antrag ist nicht mehr anhängig durch Zurückziehung der Drucksache 19/743 S.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/473 S

Windenergieanlage (WEA) Bultensee verhindern – Voraussetzungen für Ablehnung unverhältnismäßiger WEA-Standortentscheidungen schaffen

Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 5. März 2018

(Drucksache [19/743 S](#))

Der Bericht ist von der städtischen für Deputation Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft zurückgezogen worden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/474 S

Fragestunde

1. Möbel Kraft im Weserpark – 13 Jahre und noch kein Möbelhaus in Sicht
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 7. März 2018.
2. Baustelle Findorffstraße – Auswirkungen auf ansässige Geschäfte
Anfrage der Abgeordneten Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 7. März 2018.
3. Personaleinsatz bei der Gesundheit Nord gGmbH
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 8. März 2018
4. Neustrukturierung der Bremer Entsorgungswirtschaft
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 8. März 2018

5. Wurde das Vier-Augen-Prinzip bei der Feuerwehr Bremen eingehalten?
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 14. März 2018
6. Radeln auf Leihfahrrädern in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 14. März 2018
7. Wann kommt die Umgestaltung des Domshofs?
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. März 2018
8. Bergung von Sedimentschlämmen in den Häfen
Anfrage des Abgeordneten Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 15. März 2018
9. Alphabetisierungskurse für geflüchtete Schülerinnen und Schüler
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. März 2018
10. Waffenraub in Bremen
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 21. März 2018
11. Stand der Planung zum Rembertikreisel-Umbau
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 21. März 2018
12. Staubemissionen aus dem Bremer Stahlwerk
Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. März 2018

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

13. Präventionsprogramme für kriminelle Kinder
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 3. April 2018
14. Hausärztliche Versorgung in Grolland
Anfrage der Abgeordneten Peter Erlanson, Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 9. April 2018
15. Pünktliche Abholung der Gelben Säcke und Tonnen sichergestellt?
Anfrage der Abgeordneten Jens Crueger, Arno Gottschalk, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 9. April 2018

16. Förderzentrum Huchting weg – und nun?

Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. April 2018

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/475 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/476 S

Durchstich zwischen Hafenstraße und Nordstraße – Auswirkungen auf das Waller „Heimatviertel“ und auf die Verkehrssituation in der Überseestadt und in der Hafenrandstraße

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 17. Januar 2018

(Drucksache [19/724 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 3. April 2018

(Drucksache [19/758 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/477 S

Chancenreiche Innenstadtentwicklung mit Parkraumkonzept flankieren

Antrag der Fraktion der FDP vom 17. Juli 2017

(Drucksache [19/541 S](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 22. August 2017

(Drucksache [19/565 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/478 S

Chancenreiche Innenstadtentwicklung mit Parkraumkonzept flankieren

Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft

vom 5. März 2018

(Drucksache [19/741 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für
Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/479 S

Die Bremer Innenstadt steht vor weitreichenden Veränderungen

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und
der FDP vom 24. April 2018

(Drucksache [19/765 S](#))

Durch das Engagement privater Investoren werden neue städtebauliche Konzepte möglich, die die Chance zu einer deutlichen Attraktivierung der Innenstadt bieten. Die entsprechende Basis dafür muss durch Verhandlungen mit den Investoren, durch Wettbewerbe um die besten Ideen, zielgerichtete Aktivitäten der Exekutive und den entsprechend dafür nötigen politischen Beratungen und Beschlussfassungen in der Stadtbürgerschaft entstehen. Unterschiedliche Interessen aller Beteiligten müssen gegeneinander und im Interesse des Gemeinwesens abgewogen werden. Die Stadtbürgerschaft ist entschlossen, diesen Prozess im Interesse Bremens erfolgreich zu gestalten.

Dabei wird sich die Stadtbürgerschaft von folgenden Erwägungen leiten lassen:

1. Die Stadtbürgerschaft unterstützt den Plan, den Komplex von Karstadt, Kaufhof und Parkhaus Mitte neu zu ordnen, und sieht darin eine große Chance für die Innenstadt und unterstützt diese Initiative. Damit diese Initiative erfolgreich ist, müssen die privaten Grunddienstbarkeiten am Parkhaus und die planungsrechtlich gesicherten Parkplätze auf dem Dach des Kaufhofs aufgelöst werden. Das setzt das Einverständnis der Eigentümer und Mieter des Kaufhofs voraus. Dies kann nur durch die beteiligten Unternehmen herbeigeführt werden.
2. Die Stadtbürgerschaft strebt an, dass der neue Handelskomplex zwischen Sögestraße, Obernstraße, Hanseatenplatz und Knochenhauerstraße in den Gesamtzusammenhang der umgebenden Einzelhandelslagen integriert wird, sodass auch die bestehenden kleinen Geschäfte in der Umgebung einen Vorteil aus der Veränderung ziehen können. Die neuen Geschäftshäuser sollten möglichst eigenständig sein und abweisende Rückseiten vermeiden. Die Stadtbürgerschaft wirbt dafür, die Überbauung der kleinen Hundestraße zurückzunehmen.
3. Die Stadtbürgerschaft strebt im Rahmen dieses Veränderungsprozesses an, den motorisierten Kundenverkehr aus der Knochenhauerstraße, der Carl-Ronning-Straße, der Pelzerstraße, der Kleinen Hundestraße, dem Spitzenkiel und dem Wegesende herauszuhalten und hierdurch ein

barrierefreies Netz aus Straßen und Plätzen mit hoher Aufenthaltsqualität zu schaffen.

4. Die Stadtbürgerschaft strebt an, die Neugestaltung des Gebäudekomplexes der Sparkasse am Brill als Chance für das Faulenquartier und das benachbarte Telekomgelände zu nutzen, und in diesem Zusammenhang die Brill-Kreuzung und die Straßenbahnhaltestelle besser zu organisieren.
5. Die Stadtbürgerschaft strebt an, im Rahmen der Umgestaltung des neuen/alten Jacobshauses an der Obernstraße, dem an der Langenstraße liegenden Hof, dem Gebäude der Stadtwaage und dem Kontorhaus auf der anderen Straßenseite die hierin liegenden Verbindungen von der Obernstraße zum Weserufer und der Schlachte zu stärken und zu beleben und dieses als Vorbild für weitere Verbindungen zu sehen.
6. Die Stadtbürgerschaft strebt an, die anstehenden baulichen Veränderungen auch mit der Klimaschutzstrategie Bremens zu verbinden, indem Lösungen gesucht werden, die für die neu entstehenden großen Dach- und Fassadenflächen Bepflanzungen, Aufenthaltsqualität und ökonomische Vertretbarkeit verbinden.
7. Die Stadtbürgerschaft strebt an, die Aufgabe von 1 000 Parkplätzen im Parkhaus Mitte auch durch moderne und intelligente Mobilitäts- und Parkraumkonzepte zu kompensieren. Dabei soll konkret untersucht werden, ob und wo an anderen Orten der Innenstadt die Einrichtung von Parkraum sinnvoll und nötig ist, ob neue Parkhäuser erreicht werden müssen oder ob es reicht, die vorhandenen aufzustocken oder umzubauen.
8. Die Stadtbürgerschaft strebt an, die Voraussetzungen dafür schaffen zu lassen, dass eine wachsende Zahl von Besucherinnen und Besuchern aus den der Innenstadt benachbarten Stadtteilen auf bequemen Routen mit dem Fahrrad, zu Fuß und mit dem öffentlichen Nahverkehr in die Innenstadt kommen kann.
9. Die Stadtbürgerschaft ist sich bewusst, dass die Bauvorhaben für die Einzelhändler und Gastronomen sowie alle anderen Unternehmen eine große Belastung sind. Die Stadtbürgerschaft erwartet, dass die

Bauherren und die Stadt Bremen durch geeignete Maßnahmen mittels klarer Baustellenlogistik und Organisationsstrukturen alles daransetzen, die Belastungen für die Betroffenen zu reduzieren.

10. Die Stadtbürgerschaft ist sich bewusst, dass bei vielen Projekten auch das Tempo über Erfolg und Misserfolg entscheiden kann. Deshalb wird sie ihre Beratungen und Entscheidungen zeitnah vornehmen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (federführend) und an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/480 S

**Chancen für einen Aufbruch in der Bremer Innenstadt nutzen –
privatwirtschaftliche Initiativen seitens der Stadt konzeptionell und
organisatorische stärker flankieren**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 24. April 2018

(Drucksache [19/766 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/481 S

Kostenfreier Zugang zu Museen in Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 15. August 2017

(Drucksache [19/562 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 19. September 2017

(Drucksache [19/589 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/482 S

**Hinterlandbebauung stärker fokussieren und durch einen
Innenentwicklungsmanager unterstützen!**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 22. August 2017

(Drucksache [19/567 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/483 S

Chancen in Woltmershausen nutzen – Lankenauer Höft neu denken

Antrag der Fraktion der FDP

vom 12. Oktober 2017

(Drucksache [19/596 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/484 S

**Buslinien erhalten, bis Alternativen geschaffen sind - Bremen-Nord
nicht abhängen!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 2. November 2016

(Drucksache [19/398 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/485 S

**Buslinien erhalten, bis Alternativen geschaffen sind - Bremen-Nord
nicht abhängen!**

Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,

Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft

vom 9. Januar 2018

(Drucksache [19/713 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für
Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/486 S

Bebauungsplan 1274

für ein Gebiet in Bremen-Burglesum im Bereich

- südlich Altenheim Blumenkamp

- Raschenkampsweg

- Auf dem Hohen Ufer

- Billungstraße

Mitteilung des Senats vom 20. März 2018
(Drucksache [19/751 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1274.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 19/487 S

Bebauungsplan 2475

für ein Gebiet in Bremen-Vahr, August-Bebel-Allee 176, zwischen August-Bebel-Allee 158 – 196 und südlich des Clubs zur Vahr

Mitteilung des Senats vom 27. März 2018

(Drucksache [19/754 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2475.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 19/488 S

Bebauungsplan 2486

für ein Gebiet zwischen Senator-Apelt-Straße, bestehendem Vorfluter, Senator-Blase-Straße und Senator-Mester-Straße

Mitteilung des Senats vom 27. März 2018

(Drucksache [19/755 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2486.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 19/489 S

Öffentliches Fernsehen zur Fußball-Weltmeisterschaft

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der FDP und DIE LINKE vom 24. April 2018

(Drucksache [19/768 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, es im Rahmen der Bundesverordnung und in Abstimmung mit den Beiräten zu ermöglichen, dass in der Stadt Bremen während der WM 2018 erst um 20 Uhr beginnende Spiele in Biergärten und im Bereich der Außengastronomie live bis zum Spielende übertragen werden können.
2. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, in Anbetracht des nur in Ausnahmefällen eintretenden Spielendes nach 22 Uhr, in Abstimmung mit den jeweils örtlich zuständigen Beiräten zu erwägen, eine generelle Erlaubnis der Live-Übertragung in Biergärten und im Bereich der Außengastronomie zu schaffen, hilfsweise frühzeitig zu veröffentlichen, welche konkreten Voraussetzungen seitens der Gastronomie in Bremen erfüllt werden müssen, um eine entsprechende Genehmigung für Freiluft-Live-Übertragungen von Spielen der WM zu erhalten. Diese Information muss auch Antrags- und Genehmigungsstellen sowie die entstehenden Kosten benennen. Die Beiräte sollten bei der Genehmigung zustimmen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (federführend), den Senator für Inneres und die Senatskanzlei zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/490 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern in Schulen und Horten
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/722 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 17. April 2018
(Neufassung der Drucksache [19/752 S](#) vom 20. März 2018)
(Drucksache [19/762 S](#))
2. Welchen Effekt hatte die Joboffensive in Bremen?
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 17. Januar 2018
(Drucksache [19/723 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 27. März 2018
(Drucksache [19/756 S](#))
3. Unbenutzte Fußgängerbrücke abreißen, Wohnraum schaffen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 27. Februar 2018
(Drucksache [19/738 S](#))
4. Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet „Naherholungsgebiet Bultensee“
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 21. März 2018
(Neufassung der Drucksache [19/746 S](#) vom 6. März 2018)
(Drucksache [19/753 S](#))
5. Beirat Huchting bei den weiteren Planungen für die Linien 1 und 8 ernst nehmen und beteiligen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 3. August 2017
(Drucksache [19/548 S](#))
6. Beirat Huchting bei den weiteren Planungen für die Linien 1 und 8 ernst nehmen und beteiligen

Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 5. März 2018

(Drucksache [19/742 S](#))

7. Strategie des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven
zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels

Mitteilung des Senats vom 3. April 2018

(Drucksache [19/757 S](#))

8. Eltern entlasten – Hortbeiträge abschaffen und Horte finanziell mit
Ganztagsschulen gleichstellen

Antrag der Fraktion der FDP

vom 19. April 2018

(Drucksache [19/763 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 25. April 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den
Präsidenten des Senats vom 26. April 2018)

Nr. 19/972

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen
ermöglichen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 9. Februar 2016

(Drucksache [19/266](#))

2. Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen
ermöglichen

Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung

vom 29. November 2017

(Drucksache [19/1421](#))

3. Wie wichtig ist die Gesundheitswirtschaft für Bremen und Bremerhaven?
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Dezember 2017
(Drucksache [19/1456](#))
4. Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung und Konsequenzen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Dezember 2017
(Drucksache [19/1458](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 20. März 2018
(Drucksache [19/1592](#))
5. Zukünftige Trassenführung der B 6n
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/1460](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2018
(Drucksache [19/1545](#))
6. Bericht über die Umsetzung des Erasmus+ -Programms in Bremen
Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2018
(Drucksache [19/1504](#))
7. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage
Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Februar 2017
(Drucksache [19/939](#))
2. Lesung
8. Bremens Standortprobleme endlich anpacken – Image verbessern!
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1528](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 24. April 2018
(Drucksache [19/1636](#))

9. Sparsam, wirkungsarm, männerzentriert? Zur Bilanz der Wirtschaftsförderung nach dem Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) und seiner Arbeitsplatzeffekte 2007 bis 2017
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. März 2018
(Drucksache [19/1567](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 24. April 2018
(Drucksache [19/1637](#))
10. Entwicklung der Ticketpreise im öffentlichen Personennahverkehr und Perspektiven für eine klimaverträgliche Mobilität für alle
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. März 2018
(Drucksache [19/1569](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/973

**Gesetz zur Änderung des Bremischen
Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes – Fachkräftemangel
wirksamer begegnen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. März 2018

(Drucksache [19/1588](#))

1. Lesung

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/974

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"Korruptionsskandal im Bremer BAMF – Warum brauchte es zur Aufklärung erst das niedersächsische Innenministerium?"

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/975

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 24. April 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Die hochwertige Arbeit des Olbers-Planetariums langfristig absichern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. März 2018
(Drucksache [19/1591](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, mit dem Auslaufen des aktuellen Abordnungsmodells zum 1. Januar 2020 im Haushalt die Voraussetzungen zu schaffen, um eine unbefristete Stelle für die Leitung des Olbers-Planetariums mit vollem Beschäftigungsvolumen einzurichten und dafür Sorge zu tragen, dass diese Stelle mit pädagogisch-didaktisch geschultem Personal besetzt wird.

Darüber hinaus ist entlang einer zu vereinbarenden Leistungsbeschreibung zu überprüfen, ob eine ergänzende, aus dem Haushalt zu finanzierende, erweiterte Personalausstattung im öffentlichen Interesse ist.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

2. 40. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz vom 16. März 2018
(Drucksache [19/1583](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 40. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. 12. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 16. März 2018
(Drucksache [19/1584](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 12. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung
Mitteilung des Senats vom 27. März 2018
(Drucksache [19/1601](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Gesetz zur Änderung des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 18. April 2018
(Drucksache [19/1626](#))
 1. Lesung
 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

6. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Bernd Ravens

anstelle der Deputierten Sabine Markmann-Breuer zum Mitglied der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/976

Jedes Kind muss Schwimmen lernen!

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP

vom 24. April 2018

(Neufassung der Drucksache [19/1525](#) vom 13. Februar 2018)

(Drucksache [19/1632](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Entwicklung der Schwimmfähigkeit der Kinder im Lande Bremen mit Sorge zur Kenntnis und erklärt, dass verstärkte Anstrengungen seitens des Landes und der Kommunen notwendig sein werden, um diesen Negativtrend nachhaltig zu stoppen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat vor diesem Hintergrund auf, ein Konzept zur Optimierung der Schwimmausbildung im Lande Bremen mit dem Ziel einer deutlichen Erhöhung der Quote der sogenannten sicheren Schwimmer beim Abschluss der Grundschule zu erarbeiten und der staatlichen Deputation für Sport bis Mai 2018 zur Beratung vorzulegen. Dabei möge die Prüfung nachfolgender Maßnahmen Berücksichtigung finden:
 - a) Die feste Integration der Schwimmausbildung in den Kitas mit dem Ziel einer ersten Gewöhnung an Wasser und das Überwinden von Hemmschwellen.
 - b) Die Verlagerung des Schwimmunterrichts in die Jahrgangsstufen 1 und/oder 2, um gegebenenfalls bestehende Defizite in den Jahrgangsstufen 3 und 4 abbauen zu können sowie Erstellung eines jahrgangübergreifenden Konzeptes für den Schwimmunterricht.
 - c) Die Überarbeitung der pädagogischen und methodischen Konzepte des Schwimmunterrichtes nach neuesten bildungs- und sportwissenschaftlichen Erkenntnissen.
 - d) Den Auf- bzw. Ausbau der Aus- und Weiterbildung von Schwimmlehrern und Schwimmtrainern, beispielsweise durch verstärkte Kooperationen mit der DLRG.

- e) Die Sicherstellung einer Mindestzeit im Wasser von 45 Minuten pro Schwimmunterrichtseinheit.
- f) Die Optimierung der Unterrichtsorganisation hinsichtlich Einbettung in die Stundenpläne und Transport.
- g) Die Erlangung des Jugendschwimmabzeichens Bronze als verbindliche Definition der Schwimmfähigkeit als verbindliches Ziel des Schwimmunterrichtes an Grundschulen neu aufzunehmen.
- h) Die anonyme Datenerfassung der Schwimmfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu Beginn und zum Ende der Grundschulzeit.
- i) Die verbindliche Ausweisung der Schwimmfähigkeit im Zeugnis am Ende der vierten Klasse.
- j) Den stärkeren Ausbau von Kooperationen von Schulen und Schwimmvereinen auch im Zuge der Ganztagschule.
- k) Die Erlassung der Eintrittsgebühr für Kinder bis 6 Jahren für die Anlagen der Bremer Bäder GmbH. Darüber sollen weitere Anreize geprüft werden, um Kinder zum Besuch eines Bads zu motivieren.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Kinder und Bildung (federführend) und die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/977

Für mehr sichere Schwimmerinnen und Schwimmer im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 24. April 2018

(Drucksache [19/1647](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept mit dem Ziel einer deutlichen Erhöhung der Quote der sogenannten sicheren Schwimmerinnen und Schwimmer zu erstellen. Dabei sollte die Prüfung nachfolgender Maßnahmen Berücksichtigung finden:
 - Die Bildung eines Netzwerks „Schwimmausbildung“ für das Land Bremen, in dem das vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement unter

anderem im Schwimmverband, der DLRG und Schwimmvereinen und die Aktivitäten vom Bildungsressort und den Bädergesellschaften in Bremen und Bremerhaven zur Erlangung von Schwimmfertigkeiten ausgetauscht und koordiniert werden, mit den Ziel Sponsoringaktivitäten und öffentliche Förderung so zu optimieren und gegebenenfalls anzupassen, dass flächendeckend und regelmäßig Schwimmkurse unterjährig und Angebote in den Schulferien angeboten werden. Dieses sollte auch die Ausweitung der Angebote zur frühzeitigen Wassergewöhnung ab dem ersten Lebensjahr durch Eltern-Kind-Kurse umfassen. Auch sollen Möglichkeiten der Weiterqualifizierung von Lehrkräften und Schwimmausbilderinnen und -ausbildern beraten werden.

- Zur Erweiterung der bestehenden Beratung den Eltern Informationsmaterial über Schwimmangebote im Stadtteil bereitzustellen und zur Verbreitung dieses Informationsmaterials Anlässe, wie beispielsweise den Cito-Test, die Schuleingangsuntersuchung, Kinderbetreuungsbeitragsbescheide und Zeugnisse zu nutzen.
- Die Erfassung der Schwimmfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu Beginn und zum Ende der Grundschulzeit und die Ausweisung der Schwimmfähigkeit im Zeugnis am Ende der vierten Klasse.
- Der Ausbau geeigneter Kooperationen von Schwimmvereinen und schulischen Ganztagsangeboten.
- Die Prüfung, ob und wie die Teilnahmekosten an unterjährigen, regelmäßigen Schwimmkursen oder Ferienschwimmkursen sozial gestaffelt und gegebenenfalls reduziert werden können.
- Die Zurverfügungstellung von Wasserflächen für die Schwimmausbildung in allen Bädern in Bremen dem Bedarf anzupassen.

2. Der Senat wird aufgefordert über dieses Konzept in der staatlichen Deputation für Sport, der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung und der staatlichen Deputation für Gesundheit bis zum 30. September 2018 zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Kinder und Bildung (federführend), die

Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/978

Bericht zur Umsetzung des Aktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen

Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2018

(Drucksache [19/1552](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis

Nr. 19/979

Sexuelle und geschlechtliche Identität im Schutzbereich des Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz verankern!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 18. April 2018

(Drucksache [19/1623](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bundesratsinitiative des Landes Berlin zur Ergänzung des Schutzbereichs des Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz um die sexuelle und geschlechtliche Identität beizutreten und das Vorhaben auf Bundesebene zu unterstützen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Justiz und Verfassung (federführend) und die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/980

Bremische Wohn- und Betreuungsaufsicht endlich personell stärken

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 9. April 2018

(Drucksache [19/1607](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/981

Die Wohn- und Betreuungsaufsicht darf kein stumpfes Schwert sein!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 24. April 2018

(Drucksache [19/1633](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis

Nr. 19/982

Wohn- und Betreuungsaufsicht weiter stärken und ausbauen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 24. April 2018

(Drucksache [19/1645](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. einen Finanzierungsvorschlag vorzulegen, um die Personalzielzahl für die Bremische Wohn- und Betreuungsaufsicht (WBA) bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport um zwei Vollzeitäquivalente zu erhöhen.

2. die Arbeitsorganisation der WBA so umzustrukturieren, dass mehr Personalkapazitäten für die Kontrollen der Einrichtungen freigemacht werden können.
3. der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration im 4. Quartal 2018 zu berichten, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um insbesondere die Personalausstattung der bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht an die gestiegenen Herausforderungen anzupassen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/983

Bremisches Landesmediengesetz (BremLMG)

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018

(Drucksache [19/1461](#))

1. Lesung

2. Lesung

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

vom 24. April 2018

(Drucksache [19/1644](#))

und

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 25. April 2018

(Drucksache [19/1648](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag (Drucksache [19/1644](#)) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag (Drucksache [19/1648](#)) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/984

Bremisches Landesmediengesetz (BremLMG)

Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit

vom 23. April 2018

(Drucksache [19/1629](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag (Drucksache [19/1629](#)) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/985

Umsetzung der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ in Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 5. September 2017

(Drucksache [19/1222](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017

(Drucksache [19/1276](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/986

Tödliche Gefahr Asbest

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. November 2017

(Drucksache [19/1405](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018

(Drucksache [19/1465](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/987

**Wie überfordert ist die Hochschule für öffentliche Verwaltung bei der
Polizeiausbildung?**

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. Dezember 2017

(Drucksache [19/1428](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 16. Januar 2018

(Drucksache [19/1480](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/988

Interessen der deutschen Versicherten wahren – Missbrauch des Gesundheitssystems bekämpfen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 5. Dezember 2017

(Drucksache [19/1435](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/989

„Gendergerechte“ Sprache auch in Bremen nach europäischen Vorbild ausstreichen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 11. Dezember 2017

(Drucksache [19/1443](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 26. April 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 27. April 2018)

Nr. 19/990

Fragestunde

1. Sanierung der Moorbrücke auf der A 27

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 8. März 2018

2. Vergabe von Referendariatsplätzen mit Einstellungstermin zum 1. August 2018
Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 8. März 2018
3. Bremen braucht dringend mehr Erzieherinnen/Erzieher und Lehrerinnen/-Lehrer!
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Dr. Maïke Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. März 2018
4. Cannabis-Delikte von Minderjährigen
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 8. März 2018
5. Landesgesundheitsbericht
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 8. März 2018
6. Besoldungserhöhung bei der Polizei
Anfrage der Abgeordneten Christine Schnittker, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 13. März 2018
7. Erreichen die neuen Digitalfunkendgeräte auch Bremerhaven?
Anfrage der Abgeordneten Christine Schnittker, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 13. März 2018
8. Jacobs University unter das Dach der Universität Bremen bringen?
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 13. März 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Anteil der Ausländer und Migranten an Bremer Schulen
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 13. März 2018
10. Verfolgung von Polizeibeamten
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 13. März 2018
11. Realisierung Bahnhof Speckenbüttel
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 14. März 2018

12. Ist die Wohn- und Betreuungsaufsicht in der Lage Mängel zu erkennen und abzustellen?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 16. März 2018
13. Erklärung der Fischereigemeinden an die EU
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 19. März 2018
14. Anerkennung von medizinischen Berufen und Qualifikationen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 19. März 2018
15. Berufskraftfahrerprüfungen für Geflüchtete
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 21. März 2018
16. Obdachlosenbetreuung im Lande Bremen
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 21. März 2018
17. Inanspruchnahme von Leistungen für Bildung und Teilhabe
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 28. März 2018
18. Stellenausschreibungen des Arbeitgebers „Öffentlicher Dienst“ in Print-Medien
Anfrage der Abgeordneten Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 9. April 2018
19. Tötung zweier Menschen durch Kampfhund – reichen die bestehenden Gesetze und deren Vollziehung aus, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten?
Anfrage der Abgeordneten Helmut Weigelt, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 9. April 2018
20. AR-15 – Die Waffe der Amokläufer in Deutschland und Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 9. April 2018
21. Schulgeldfreiheit für schulische Ausbildung im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. April 2018
22. Kinder- und Viehhehen im Lande Bremen

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 16. April 2018
23. Schulplätze für unbegleitete minderjährige Geflüchtete

Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion
DIE LINKE vom 19. April 2018

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung
der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/991

**Inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sozial-
emotionalen Beeinträchtigungen fördern**

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2017

(Drucksache [19/1127](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 19. September 2017

(Drucksache [19/1244](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/992

Schulischer Inklusion zum Erfolg verhelfen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 15. Juni 2017

(Drucksache [19/1128](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/993

Gelingende Inklusion braucht geeignete Bedingungen und Weiterentwicklung

Antrag der Fraktion der CDU

vom 8. August 2017

(Drucksache [19/1169](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/994

**Schulischer Inklusion zum Erfolg verhelfen;
Gelingende Inklusion braucht geeignete Bedingungen und Weiterentwicklung**

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung

vom 19. April 2018

(Drucksache [19/1627](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/995

Saubere Städte sind lebenswerte Städte

Antrag der Fraktion der FDP

vom 10. April 2018

(Drucksache [19/1613](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/996

**Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich Inneres
an die europäische Datenschutz-Grundverordnung und
zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des
Flurbereinigungsgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 18. April 2018

(Drucksache [19/1624](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/997

**Gesetz zur Anpassung bildungsrechtlicher Gesetze an die europäische
Datenschutz-Grundverordnung**

Mitteilung des Senats vom 18. April 2018

(Drucksache [19/1625](#))

1. Lesung

2. Lesung

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. April 2018
(Drucksache [19/1643](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter
Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis
und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im
Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/998

**Bremisches Ausführungsgesetz zur EU-Datenschutz-Grundverordnung
(BremDSGVOAG)**

Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2018

(Drucksache [19/1501](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter
Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis
und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im
Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/999

**Bremisches Ausführungsgesetz zur EU-Datenschutz-Grundverordnung
(BremDSGVOAG)**

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz
und Informationsfreiheit

vom 23. April 2018
(Drucksache [19/1630](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1000

Zulagen im öffentlichen Dienst zukünftig gerechter, übersichtlicher und planbarer gestalten

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1451](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1001

Rassistische und antisemitische Straftaten gegen religiöse Einrichtungen und Gedenkorte und Umsetzung der Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1452](#))

Dazu
Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2018
(Drucksache [19/1506](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1002

Mülltourismus im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 19. Dezember 2017

(Drucksache [19/1453](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2018

(Drucksache [19/1544](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1003

Digitalisierung der Bremer Hochschulen voranbringen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 21. Dezember 2017

(Drucksache [19/1457](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) betont, dass die didaktisch gezielte Einbeziehung elektronischer Medien und die Integration neuer Lehr- und Lernarrangements in die Hochschullehre für eine Qualitätssteigerung unabdingbar sind. Dazu sind spezifische technische Voraussetzungen nötig; insbesondere auch entsprechende Anstrengungen für eine veränderte Didaktik und Methodik.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) ist überzeugt, dass die gezielte Nutzung moderner Kommunikationsmittel durch die Hochschulen im Land Bremen zu einer höheren Durchlässigkeit und mehr Mobilität beitragen kann. Studierende haben dadurch erweiterte Möglichkeiten, auch außerhalb von Hörsälen und Bibliotheken zu studieren und ortsunabhängig und flexibel zu lernen.

3. Das bestehende Urheberrecht ist immer noch im analogen Zeitalter verortet. Die langen Schutzfristen erschweren die innovative Nutzung frei verfügbarer und für alle zugänglichen Informationsquellen. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert deshalb den Senat auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine bildungs- und wissenschaftsfreundliche Reform der Urheber-, Nutzungs- und Verwertungsrechte sowie der Medienförderung und -finanzierung, die der Annäherung verschiedener Einzelmedien im Wissenschaftsbereich Rechnung tragen muss, einzusetzen.
4. Die digitale Lehrmittelfreiheit soll gemeinsam mit dem Bund gestärkt werden. Die Bürgerschaft (Landtag) befürwortet daher die Verwendung freier Lizenzen und Formate auszubauen und spricht sich für eine systematische Open-Access- und Open-Data-Politik im Bildungs- und Wissenschaftsbereich aus.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat ferner,
 - a) dafür zu sorgen, dass öffentlich geförderte Forschungsergebnisse als Open Data und Open Access kostenfrei im Internet allen zugänglich gemacht werden.
 - b) zu prüfen, wie die Verankerung von Digitalkompetenz und medienpädagogischer Kompetenzen im Studium und in der Lehre, insbesondere im Lehramtsstudium, ausgebaut werden kann.
 - c) zu prüfen, wie Nachhaltigkeitskonzepte für die Archivierung und den Datentransfer der Hochschulbibliotheken entwickelt werden können.
 - d) zu prüfen, wie die digitalen Zugriffsmöglichkeiten der Hochschulbibliotheken und die digital vernetzten Lernräume ausgebaut werden können.
 - e) den Hochschulen die dringend notwendige Nutzung eines funktionierenden Personalverwaltungssystems zu ermöglichen, das ihren spezifischen Anforderungen genügt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1004

Hochschulen fit für die Zukunft machen – digitale Potenziale nutzen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 23. Januar 2018

(Drucksache [19/1489](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis

Nr. 19/1005

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 13. März 2018

(Drucksache [19/1582](#))

2. Lesung

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 16. April 2018

(Drucksache [19/1621](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1006

Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Bestimmungen

Mitteilung des Senats vom 27. März 2018

(Drucksache [19/1600](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1007

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Verbindliche und einheitliche Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auch durch medizinische Untersuchung
Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1476](#))
2. Prävention und Deradikalisierung in Bremen neu konzipieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1477](#))
3. Bessere medizinische Versorgung in benachteiligten Stadtteilen: Neue Wege in der kommunalen Gesundheitspolitik, zum Beispiel durch Stadtteilgesundheitszentren, prüfen und einschlagen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1486](#))
Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. März 2018

(Drucksache [19/1585](#))

4. Kommt der Senat bei der wirksamen Bekämpfung und Prävention von Armut voran?

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 23. Januar 2018

(Drucksache [19/1490](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. März 2018

(Drucksache [19/1586](#))

5. Realisierbarkeit eines allgemeinen Schwerlastterminals in Bremerhaven prüfen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 6. Februar 2018

(Drucksache [19/1519](#))

6. Faire Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Bereitschaftspolizei

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 13. Februar 2018

(Drucksache [19/1536](#))

7. Fünf Jahre Wohnraumförderprogramme des Senats – Bilanz und Perspektiven

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 6. Februar 2018

(Drucksache [19/1521](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 3. April 2018

(Drucksache [19/1605](#))

8. Lagebild zum Linksextremismus im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 13. Februar 2018

(Drucksache [19/1526](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 10. April 2018

(Drucksache [19/1609](#))

9. Straftaten von Flüchtlingen in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1527](#))
10. Änderung des Erlasses zur Unterbringung von Abschiebehäftlingen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1530](#))
11. Schwerbehindertenausweis umbenennen
Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2018
(Drucksache [19/1543](#))
12. Minderjährige Flüchtlinge, die keine sind: Medizinische Altersfeststellung
als Regelfall einführen!
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 27. Februar 2018
(Drucksache [19/1549](#))
13. Mittelweserausbau, Beendigung des Verwaltungsabkommens zwischen
dem Bund und Bremen
Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2018
(Drucksache [19/1550](#))
14. Unverhältnismäßige Strafverfolgung bei Beförderungerschleichung
vermeiden
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/1130](#))
15. Unverhältnismäßige Strafverfolgung bei Beförderungerschleichung
Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 7. März 2018
(Drucksache [19/1571](#))
16. Jetzt in den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr einsteigen –
Bundesratsinitiative für Modellprojekte starten!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. März 2018
(Drucksache [19/1568](#))

17. Schule für externe Fachkräfte öffnen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. März 2018
(Drucksache [19/1573](#))
18. Einrichtung einer Interventionsstelle für von häuslicher Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 12. März 2018
(Drucksache [19/1577](#))
19. Eckpunkte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 13. März 2018
(Drucksache [19/1580](#))
20. Arbeitsassistenzen anhand der tatsächlichen Notwendigkeit gewähren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1240](#))
21. Arbeitsassistenzen anhand der tatsächlichen Notwendigkeit gewähren!
Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
vom 14. März 2018
(Drucksache [19/1590](#))
22. Zurück zum Grundgesetz: Netzwerkdurchsetzungsgesetz bekämpfen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 21. März 2018
(Drucksache [19/1599](#))
23. Strategie des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels
Mitteilung des Senats vom 3. April 2018
(Drucksache [19/1604](#))
24. Berufsabitur auch in Bremen einführen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. April 2018
(Drucksache [19/1614](#))
25. Informationen über Schwangerschaftsabbruch enttabuisieren!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 11. April 2018

(Drucksache [19/1615](#))

26. Mehr Altenpflegekräfte braucht das Land – für ein Sofortprogramm

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 11. April 2018

(Drucksache [19/1616](#))

27. Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig
veröffentlichen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 17. April 2018

(Drucksache [19/1622](#))

28. Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Dem Lehrermangel auch kurzfristig wirksam entgegen wirken – freiwillige
Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer gesetzlich
regeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 7. März 2018

(Drucksache [19/1570](#))

1. Lesung

2. Lesung

29. Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Dem Lehrermangel auch kurzfristig wirksam entgegen wirken – freiwillige
Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer gesetzlich
regeln

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

vom 24. April 2018

(Drucksache [19/1631](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis

- 3843.) 11. Ortsgesetz
über die Festlegung eines bebauten Bereiches im Außenbereich als im
Zusammenhang bebauter Ortsteil "Entwicklungssatzung 1204" nach § 34
Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB für ein Gebiet in Bremen-Burglesum
(Vorlage 2061/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 15. Mai 2018 aus und stellt fest,
dass der dritte Absatz unter „E. Beteiligung/Abstimmung“ durch den Satz
„Der Beirat Burglesum hat sich in seiner Sitzung am 07.06.2016 für die
Planung ausgesprochen.“ ersetzt wird.

- 3844.) "Wie ist es um die Erreichbarkeit der Polizei in Bremen bestellt"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 2062/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2062/19 einer schriftlichen
Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3845.) "Erhalten Krankenkassen Beiträge für Phantom-Versicherte?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2063/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2063/19 einer schriftlichen
Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3846.) Bestellung des Vorsitzenden des Kuratoriums der Nolting-Hauff-Stiftung zur Förderung der Wissenschaften und der Universität Bremen (Vorlage 2064/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat bestellt entsprechend der Vorlage 2064/19 Herrn Dr. Martin Mehrstens für vier Jahre zum Vorsitzenden des Kuratoriums der Nolting-Hauff-Stiftung zur Förderung der Wissenschaften und der Universität Bremen.
2. Zudem stellt der Senat fest, dass unter „D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung“ das Wort „Keine“ ersetzt wird durch folgende Sätze: „Die Bestellung von Herrn Dr. Mehrstens dient ausschließlich der Begleitung der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Gremien der Nolting-Hauff Stiftung, die die Auflösung der Stiftung begleiten müssen. Herr Dr. Mehrstens ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung der Universität Bremen und bietet sich daher für diese Aufgabe an. Weibliche Kandidatinnen haben kein Interesse bekundet.“

- 3847.) Ausschreibung der Erdgaslieferverträge für die Abnahmestellen der Klinken sowie der Flughafen Bremen GmbH (Vorlage 2065/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die Vorlage 2065/19 zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen über die Ergebnisse der Ausschreibung zu berichten.

- 3848.) Bericht über die Beträge aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen für das Jahr 2017 (Vorlage 2066/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2066/19 die beigefügten Mitteilungen des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Land und Stadtbürgerschaft) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 3849.) Umsetzung der Beschlüsse zur Ausbildungsplanung 2018 (Vorlage 2067/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 03.05.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 03.05.2018 die von der Senatorin für Finanzen vorgeschlagene Umsetzung der Einstiegsqualifizierung für 250 junge Geflüchtete und die Übernahme von bis zu 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in eine reguläre Ausbildung durch das AFZ.
2. Der Senat bittet, die für die Qualifizierung der jungen Geflüchteten für den Zeitraum von 2019 bis 2023 erforderlichen Mittel in der Höhe von insg. 3.951.000 Euro in das weitere Haushaltsaufstellungsverfahren einzubeziehen bzw. im Rahmen des Haushaltsvollzugs zur Verfügung zu stellen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen die beschlossene Übernahme von bis zu 100 jungen Geflüchteten in eine Berufsausbildung beim Aus- und Fortbildungszentrum an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten und die erforderlichen Beschlüsse einzuholen, damit die Haushaltsmittel für die entstehenden Personal- und Sachausgaben zur Verfügung gestellt werden können.

4. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen die Richtlinien über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten der Laufbahnen der Allgemeinen Dienste dahingehend zu überarbeiten, dass die Ausbildungstätigkeit in der dienstlichen Beurteilung berücksichtigt wird.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen die Grundsätze für die Organisationsstruktur und Geschäftsverteilung der Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde) – Organisationsgrundsätze dahingehend zu überarbeiten, dass die Ausbildungstätigkeit in die jeweiligen Geschäftsverteilungspläne als Aufgabenmerkmal aufgenommen wird.
6. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die Ausschreibungsrichtlinien dahingehend zu überarbeiten, dass ggf. die Ausbildungstätigkeit in die Stellenbeschreibung aufgenommen wird.
7. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen Regelungen zu entwickeln, dass der Bedarf an Fläche und an Ausstattung der Ausbildungsplätze als Ausnahmebedarf im Rahmen der Richtlinie zum Flächenstandard bei Büroräumen anerkannt wird.
8. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass zum Zwecke der Absicherung des Personalbestands im Bereich des Jobcenters ein Aufstiegskurs mit dem Schwerpunkt „Leistungsrecht/Vermittlung“ für maximal 15 Personen angeboten wird.
9. Zudem stellt der Senat fest, dass unter „D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung“ am Ende folgender Satz ergänzt wird: „Frauen und Männer sind gleichermaßen betroffen.“

- 3850.) Personalbericht 2018.
Jahresbericht zur Personalstruktur und zu den Personalausgaben mit den Daten der Jahre 2016 und 2017
(Vorlage 2068/19 und Neufassung des Personalberichts)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2068/19 die Neufassung des Personalberichts 2018 zur Entwicklung der Personalstruktur und der Personalausgaben mit den Daten der Jahre 2016 und 2017 zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, den Personalbericht 2018 an die parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschüsse weiterzuleiten.

- 3851.) Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm:
ESF-Programm für Menschen mit Migrationshintergrund, speziell geflüchtete Menschen zur Integration in Ausbildung und Beschäftigung, inkl. Sprachförderung.
"Integration in Bremen und Bremerhaven"
(Vorlage 2069/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2069/19 die Planung des Programms „Integration in Bremen und Bremerhaven“ im BAP zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt der Erteilung von Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2019 bis 2022 in Höhe von 5,7 Mio. € bei den Haushaltsstellen 0308.686 53-1 „EU-Zuschüsse ESF 2014-2020 (Programmmittel)“ und 0305/684 60-0 „Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktprogramme“ zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die erforderlichen Beschlüsse über die Senatorin für Finanzen, vorbehaltlich der Zustimmung der Fachdeputation, beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

4. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Abdeckung der Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre ab 2020 prioritär im Rahmen der Eckwerte des Produktplans 31 (Arbeit) sicherzustellen.
5. Zudem stellt der Senat fest, dass unter „D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung“ der letzte Absatz ersatzlos gestrichen wird.

3852.) EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020:
ESA BIC North Germany: Aufbau und Betrieb eines Start-up Inkubators für die Raumfahrt in Bremen
(Vorlage 2070/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2070/19 der Förderung der Maßnahme „ESA BIC North Germany: Aufbau und Betrieb eines Start-up-Inkubators für die norddeutsche Raumfahrt in Bremen“ zu und beschließt die Umsetzung mit einem Mittelvolumen von bis zu 1.400.000 EUR für den Aufbau der Infrastruktur.
2. Der Senat stimmt der Förderung der Maßnahme „ESA BIC North Germany: Inkubationsprogramm für Start-ups“ gemäß den Vorgaben des ESA-Inkubationsprogramms zu und beschließt die Umsetzung mit einem Mittelvolumen bis zu 750.000 EUR.
3. Der Senat stimmt dem Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen für die Maßnahme „ESA BIC North Germany: Aufbau und Betrieb eines Start-up Inkubators für die norddeutsche Raumfahrt in Bremen“ und den sich daraus ergebenden Vorbelastungen für die Haushaltsjahre 2019 i.H.v. 600.000 EUR, für 2020 i.H.v. 655.000 EUR und für 2021 i.H.v. 695.000 EUR zu.

4. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

3853.) "Jugendamt weiterentwickeln!" JuWe.
Stand und Verlauf des JuWe-Transferprozesses –
- Evaluationsbericht
- Controllingbericht
(Vorlage 2071/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2071/19 den vorgelegten Bericht „Jugendamt weiterentwickeln! JuWe“ zur Evaluation des JuWe-Prozesses sowie den Controllingbericht „Projekt JuWe“ zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, die unter 1. genannten Berichte dem Haushalts- und Finanzausschuss über die Senatorin für Finanzen zur Kenntnisnahme zuzuleiten.

3854.) "Wie kontrollieren die Sozialhilfeträger Pflegeleistungen auf Abrechnungsfehler?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2072/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2072/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3855.) "Wie steht es um die Rettungsleitstelle der Feuerwehr Bremen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2073/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 03.05.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 03.05.2018 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3856.) Ausstattung der Abfalllogistik Bremen GmbH und der Straßenreinigung Bremen GmbH mit Eigenkapital und Zuwendungen an Die Bremer Stadtreinigung im Rahmen des Projektes NAS2018
(Vorlage 2074/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt den Inhalt der Vorlage 2074/19, die beabsichtigte Darstellung des Eigenkapitals der Bremer Abfalllogistik GmbH in Höhe von 2.495.000 EUR und der Straßenreinigung Bremen GmbH in Höhe von 1.497.000 EUR seitens der Stadtgemeinde über eine Trägereinlage bei der Anstalt Die Bremer Stadtreinigung sowie die beabsichtigte Finanzierung der Mehrkosten der Anstalt Die Bremer Stadtreinigung in 2018 zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt dem Eingehen der dargestellten Mehrbelastungen für die organisationsbedingten Kosten der Anstalt „Die Bremer Stadtreinigung“ in 2018 i.H.v. 1.663.000 EUR zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um die Befassung der Fachdeputation sowie über die Senatorin für Finanzen des Haushalts- und Finanzausschusses.

3. Der Senat stimmt der Finanzierung der einmaligen Umstellungskosten der Zahlungsmodalitäten des Leistungsvertrages Straßenreinigung/Winterdienst durch die Anstalt Die Bremer Stadtreinigung in 2018 i.H.v. 4.100.000 EUR zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Rückführung der entsprechenden Mittel an die Anstalt Die Bremer Stadtreinigung prioritär im Rahmen seiner Ressortdeckwerte zu berücksichtigen.